

Jetzt ham wir den Salat

Über den Anteil der deutschen Politik an den Ursachen der Krise in Italien

Natürlich kann man schnell mal den Kopf schütteln, wenn man über die gegenwärtige politische Situation in Italien nachdenkt. Man sollte nur nicht vergessen, dass gerade wir Deutschen zu diesem Debakel beigetragen haben. Die Lohnzurückhaltung der Deutschen in der letzten Dekade hat ihre Spuren hinterlassen. Man kann einfach nicht darüber hinwegsehen, dass sich Deutschland über dieses Lohndumping Vorteile gegenüber den übrigen EU-„Partner“ländern verschafft hat.

Vollmundig hatten alle Politiker wie Wirtschaftswissenschaftler bei Einführung des Euros erklärt, dass das System einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) nur funktionieren könne, wenn es eine abgestimmte Haushalts- und Wirtschaftspolitik gebe. Nur so können Ungleichgewichte, was in einem System flexibler Wechselkurse durch Kurs-

schwankungen ausgeglichen wird, vermieden werden. Genauer: Wenn die Produkte eines Landes international wenig nachgefragt werden, kommt es zu einem Handelsbilanzdefizit. Bestünde noch die alte, eigene Währung, würde diese daraufhin wenig nachgefragt, der Kurs würde sinken. Die Produkte würden auf diese Weise für ausländische Interessenten billiger. Dieser Ausgleichsmechanismus wurde durch den Euro ausgeschaltet. Die so betroffenen Länder leiden also nicht nur daran, dass sie aufgrund geringerer Produktivität (Leistungsfähigkeit) ihrer Volkswirtschaften ihre Wettbewerbsposition verschlechtern, sondern sie leiden mindestens ebenso stark darunter, dass die erfolgreichen Exportnationen, allen voran Deutschland, den Kurs des Euros auf einem Niveau halten, das den Verkauf ihrer Produkte im Export zusätzlich erschwert. Umgekehrt pro-

fitiert Deutschland von diesem, gemessen an seiner Wirtschaftskraft, zu niedrigen Kurs.

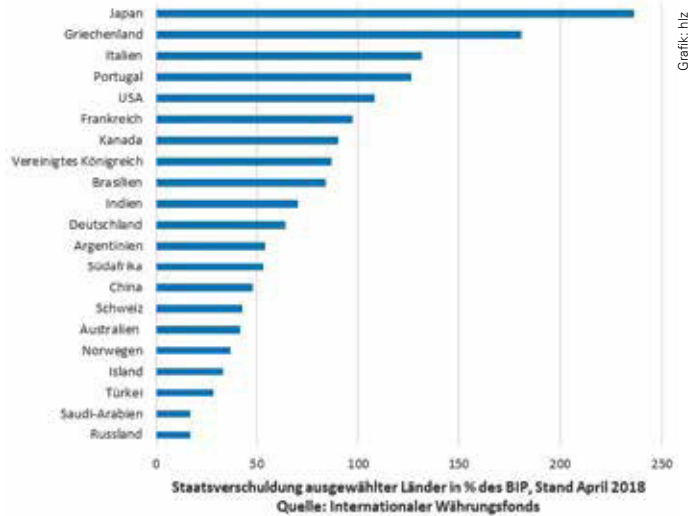
Wenn man den eigenen Ansprüchen gemäß eine abgestimmte Wirtschafts- und Haushaltspolitik hätte einlösen wollen, hätten gerade die wirtschaftlich starken Länder der EU sowohl die Expansion der Staatsausgaben vorantreiben (Trump lässt grüßen!) als auch dafür Sorge tragen müssen, dass die private Nachfrage nicht sinkt, sondern steigt. Wenn dies schon nicht die Lohnabschlüsse hergaben, so hätte man durch Steuerentlastungen diesen Effekt erzielen können. Aber man ließ das Gegenteil zu. Deutschland scherte schon früh aus. Nicht nur, dass man seitens der Politik die Lohnsteigerungen – entgegen der Vereinbarung – unterhalb des Produktivitätsanstiegs wohlwollend betrachtete, auch die Sparpolitik der öffentlichen Hand trug dazu bei, dass eine



riesige Nachfragerlücke entstand (s. Abbildung S. 42). Eine Lücke, die wiederum die Preise hat (relativ) sinken lassen, was den Unternehmen einen weiteren Wettbewerbsvorteil einbrachte. Dieser Effekt wurde dann wegen des geringen privaten Konsums, bedingt durch die geringen Einkommenszuwächse, noch verstärkt.

Dass dies unsere europäischen Nachbarn auf die Palme bringen musste, ist also nicht verwunderlich. Der GAU kam mit dem Brexit, aber auch schon der linke französische Präsidentschaftskandidat Mélenchon ließ keine Gelegenheit aus, diesen Zusammenhang zu skandalisieren und erhielt damit im ersten Wahlgang immerhin noch 19,6 Prozent der Stimmen, weniger als fünf Prozent Unterschied als der spätere ach so strahlende Sieger Macron mit 24 Prozent. Insgesamt vereinigten die Euro-Skeptiker_innen bis Gegner_innen, allen voran natürlich die Rechten um Marine Le Pen (21,3 Prozent im ersten Wahlgang) 45 Prozent aller Wähler_innenstimmen im ersten Wahlgang. Das unterscheidet sich gar nicht so sehr vom jetzigen Wahlergebnis in Italien mit 54 Prozent Euro-Gegner_innen (5-Sterne 32 Prozent, Lega 18 Prozent, extreme Rechte – ‚Brüder Italiens‘ mit 4 Prozent).

Jetzt stehen wir also vor dem Hintergrund der innenpolitischen Situation in Italien vor dem Super-GAU. Deutschland macht keinerlei Anstalten, seine Politik zu ändern. Die Schuldenbremse, das selbst angelegte Korsett in Sachen öffentlicher Ausgaben, sorgt dafür, dass Deutschland in Bezug auf die Parallelität in der Wirtschaftspolitik weiterhin aussichert. So wird die Inflationsrate hierzulande mit zu den niedrigsten gehören, während die Südeuropäer gar keine andere Wahl haben, als über eine Erhöhung der Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen etwas Druck aus



Grafik: hz

dem Kessel zu nehmen. Da dies nur durch Schulden finanziert werden kann, ist es gleichzeitig ein Inflationmotor, der parallel hierzu in den betroffenen Ländern die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen schwächt. Ein Teufelskreis also.

Wie der zu durchbrechen ist? Daran beißen sich zurzeit Viele die Zähne aus. Die als Populisten benannten Gruppierungen bzw. Parteien in Italien, spricht: die 5-Sterne-Bewegung und die Lega – neuerdings ohne die geografische Eingrenzung ‚Nord‘ – setzen auf höhere Staatsausgaben. Da diese durch Einnahmen nicht gedeckt sind, müssen sie durch Kredite finanziert werden. Die derzeitige Verschuldungsquote von 131 Prozent, gemessen am Sozialprodukt, würde weiter steigen (s. Diagramm oben). Ein Aufschrei geht nicht nur durch die EU, sondern auch durch Italien. Die Vernunft bezogenen Parteien, so die aktuelle Sprachregelung in den Medien, sprechen von unverantwortlicher Politik, nicht zuletzt, um damit Angst zu schüren, damit der Ungeist Europa betreffend in der Flasche bleibt. Auf den ersten Blick scheint eine weitere Erhöhung der Schulden nicht ratsam, weil darunter die Kreditwürdigkeit leidet und die zu zahlenden

Zinsen für die Kredite umso höher ausfallen werden. Vor allem, so das Hauptargument, schnürt eine weitere Schuldenaufnahme die zukünftigen Finanzspielräume des Staates ein. So weit, so logisch. Physiker sehen das ganz anders. Die wissen, dass Energie nicht verloren gehen, sondern sich lediglich wandeln kann (s. Kasten S. 44). Auf die Staatsschulden bezogen kann man nämlich sagen, dass jedem Schuldtitel des Staates auch ein Vermögenstitel gegenübersteht. Waren es im Mittelalter – gerade in Italien – die in der Ära des Merkantilismus reich gewordenen Familien der Medici etc., die den Fürsten oder Königen Geld liehen, so sind es heute nicht nur die Reichen, sondern vor allem die Superreichen, deren Geld nach Anlage ‚schreit‘. Dass die letztgenannte Gruppe, die das Vermögen der Hälfte der Welt auf sich vereinigt, mittlerweile nur noch eine halbe Busladung ausmacht, ist den Strukturen der Ära des – nennen wir es mal – postindustriellen Zeitalters zu verdanken. Bloß haben diese Strukturen, wie wir aus der Geschichte wissen, keine Ewigkeitsgarantie. Wann also wird man in der EU, aber vor allem in Deutschland begreifen, dass die sich entwickelt habenden

Einkommens-, aber mehr noch Vermögensstrukturen nur die Kehrseite der Staatsverschuldung sind? Auf Deutschland bezogen wäre es doch kein Problem, durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer die Staatsverschuldung auf null zu bringen. Dies wäre wirtschaftspolitisch sicherlich nicht ratsam, zeigt aber die Absurdität vom Gerecke der Schuldenbremse und der ‚Schwarzen Null‘ in Sachen Haushaltsdisziplin. Erinnert sei an die gegenwärtige Staatsverschuldung Japans mit 236 (!) Prozent des Sozialprodukts oder die der USA mit 108 Prozent (s. Diagramm S. 42).

Es lebt sich scheinbar ganz gut damit. Und übrigens: Jeder Unternehmer weiß, dass es sich so lange lohnt, Kredite für Investitionen aufzunehmen, wie die erwartbaren Profite die Zinsen übersteigen. Die Bauindustrie arbeitet i.d.R. nicht mit mehr als fünf Prozent Eigenkapital, weil die Gläubiger denken, dass sie durch die mit ihrem Geld erstellten Bauten auf einen gewissen Werterhalt hoffen können. Da sollten die Politiker_innen doch etwas mutiger sein, was den zukünftigen Wert ‚ihres‘ Volkes angeht! Der steigert sich bekanntlich, wenn man genügend in Bildung investiert.

Es geht also beim Geld immer ein bisschen auch um Glaube und Hoffnung. Wenn man dies in sein Denken mit einbezüge, bedeutete es die Abkehr von der Mentalität der schwäbischen Hausfrau wie auch das Überbordwerfen der Krämerseele. Beides hat ja die deutsche Politik der letzten Jahre bestimmt. Noch beherrscht die Parole „Keine Transferunion“ die öffentliche Meinung. Es scheint mittlerweile zwar nicht so schwer, sich einzugestehen, dass man, obwohl Nettozahler, von der EU profitiert – dass dies auf Kosten anderer geschieht, bleibt aber nach wie vor im Denken ausgespart.

Verfassungsrechtlich wäre da-

gegen etwas ganz anderes längst geboten. Zwar garantiert Art. 14 GG das Eigentum (Absatz1), aber schränkt den Gebrauch bekanntlich mit seiner Weisung, dass Eigentum verpflichtet, ein. Und es präzisiert gar: „Sein Gebrauch soll zugleich der Allgemeinheit dienen“ (Absatz 2)*. Wenn es denn also auf der einen Seite schon die Garantie des Eigentums geben soll, dann sollte man sich andererseits dieser Selbstbeschränkung immer bewusst sein. Da gibt es reichlich Nachholbedarf bei den Betroffenen, bei der Politik, aber vor allem bei denen, die unter diesen Strukturen besonders zu leiden haben. Dass ein Teil der italienischen Bevölkerung nicht mehr bereit ist, dies Spiel mitzumachen, bringt ordentlich Druck in den Kessel. Ohne einen solchen würde sich gar nichts bewegen.

Wenn die deutsche Politik an

„Macht mehr Schulden!“

„Mein Plädoyer für die deutsche Volkswirtschaft jedenfalls lautet, vereinfacht gesagt: Macht mehr Schulden! Solange der Zins bei null liegt und die Wirtschaft wächst, gibt es im Grunde keine Grenze. Dann sollte der Staat sich weiter verschulden und mit dem Geld beispielsweise die Infrastruktur erneuern. Eine stärkere Verschuldung hätte noch einen weiteren Effekt: Sie würde die Konjunktur im Euro-Raum beleben. Das zahlte sich für den deutschen Fiskus aus, denn dann wäre weniger Hilfe nötig, um den Euro zu stabilisieren.“

Carl Christian von Weizsäcker, Sohn des Physikers Carl Friedrich von Weizäcker, leitete von 1989 bis 1999 die Monopolkommission und arbeitet seit seiner Emeritierung am Bonner Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern. (zitiert aus einem Interview im SPIEGEL vom 21.12.2013)

einem Erhalt der EWWU wirklich interessiert ist, wird sie dies nicht ohne massive finanzielle Unterstützung der jetzt schwächelnden Volkswirtschaften des Südens erreichen. Das heißt, sie wird nicht umhin können, Souveränitätsrechte aufzugeben, vor allem in Sachen Finanzpolitik. Die Widerstände – gerade auch in den Unionsparteien – sind groß. Aber wer weiß, manchmal diktiert ja auch Angst das Handeln. Sollte sich die Krise weiter zuspitzen – und Vieles spricht dafür –, könnte dies ja auch eine unerwartete Umkehr im Denken auslösen.

Aber auch eine andere Variante ist denkbar: Deutschland ist mittlerweile wirtschaftlich derart potent, dass die Zahl der Euro-skeptiker_innen, hinter denen sich nicht selten nationalistische Positionen verbergen, wächst. Von den Thinktanks der Unternehmensverbände dürften längst die Pläne entwickelt sein, wie eine europäische Wirtschaftsunion unter Führung Deutschlands aussehen könnte. Deutschland als Hegemon eines Europas mit einer starken, auch gen Osten orientierten Ausrichtung ist nicht neu und beflügelt sicherlich die Großmachtphantasien in so manchen Hirnen, die von der besonderen Bedeutung und Rolle Deutschlands in Europa und der Welt nie so recht ablassen konnten.

Eins ist sicher: Alle spüren, dass die Fliehkräfte, die ein Auseinanderdriften der EU beschleunigen, zurzeit deutlicher hervortreten. Noch gehen von der jetzigen Bundesregierung keine Signale aus, die erkennen ließen, dass man ernsthaft an einer Lösung der Krise interessiert ist.

JOACHIM GEFFERS

* Art 14 Grundgesetz (GG)

1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.